BEZIEHUNGEN SCHWEIZ-EU
CHRONOLOGIE 1961-2025

Januar 2025

Regio Basiliensis
Grenzen verbinden | Frontières unissent

2024 20. Dezember: Bundespräsidentin Viola Amherd und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkünden den offiziellen Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Nach einer Phase der rechtlichen Überprüfung und dem formellen Verhandlungsabschluss mit der Paraphierung wird das Geschäft ans Parlament übergeben und voraussichtlich dem Volk vorgelegt.

18. März: Bundespräsidentin Viola Amherd und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eröffnen offiziell die Gespräche für Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.

12. März: Die EU-Mitgliedstaaten geben der EU-Kommission grünes Licht für die Verhandlungen mit der Schweiz.

8. März: Der Bundesrat verabschiedet das endgültige Mandat für Verhandlungen mit der EU auf der Grundlage eines Paketansatzes. Berücksichtigt sind die Ergebnisse der Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen (APK) und anderer interessierten Kommissionen des Parlaments, der Kantone sowie die Stellungnahmen der Sozial- und Wirtschaftspartner.

2023 15. Dezember: Der Bundesrat verabschiedet den Entwurf eines Mandates für Verhandlungen mit der EU. Das Mandat enthält die Leitlinien für die Verhandlungen. Diese sollen beginnen, sobald das Mandat nach Konsultation des Parlaments und der Kantone definitiv verabschiedet worden ist.

29. März: Aufbauend auf den Sondierungsgesprächen Schweiz-EU erteilte der Bundesrat den Auftrag zur Erarbeitung von Eckwerten eines Verhandlungsmandats mit der EU. Gleichzeitig soll die gemeinsame Basis mit der EU im Hinblick auf die Aufnahme von Verhandlungen weiter präzisiert werden. Der Bundesrat lässt zudem auch inländische Massnahmen zur Absicherung des Lohnschutzes erarbeiten.

2022 23. Februar: Der Bundesrat verabschiedet einen Beschluss, der die Stossrichtung für ein Verhandlungspaket mit der EU festlegt. Es folgen Sondierungsgespräche über mehrere Runden, die Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, führt.

2021 26. Mai: Der Bundesrat beschliesst den Abbruch der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen Schweiz-EU.

23. April: Bundespräsident Parmelin reist nach Brüssel. Trotz «erheblichen Differenzen» einigen sich die Schweiz und die EU, weiterhin im Dialog zu bleiben.

19. April: Sondersitzung des Bundesrates zum institutionellen Rahmenabkommen Schweiz-EU.

27. Februar: Mit der Bewegung Progresuisse engagieren sich Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik für einen mehrheitsfähigen Rahmenvertrag.

17. Januar: Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Kultur und Sport schliessen sich gegen das institutionelle Rahmenabkommens Schweiz-EU in der Allianz Kompass/Europa zusammen.

Mehrere Verhandlungsrunden der Staatssekretärin Livia Leu mit der stellvertretenden Stabschefin der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Stephanie Riso. Details der Verhandlungen wurden noch nicht veröffentlicht.

2020 14. Oktober: Staatssekretärin Livia Leu folgt auf Staatssekretär Dr. Robert Balzaretti und koordiniert nach dem Nein zur Begrenzungsinitiative die Verhandlungen mit der EU.

27. September: Ablehnung der Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» mit 61.7% Nein (Stimmbeteiligung von 59,47%).

1. Januar: Inkrafttreten des Abkommens über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme (EHS), welches der Schweiz und der EU den Handel von CO_2-Emissionsrechten erlaubt.

2019 31. Dezember: Auslaufen der Anerkennung der Äquivalenz der schweizerischen Börsenregulierung durch die EU.

Dezember: Kohäsionsmilliarde wird durch Parlament blockiert und erst freigegeben, wenn die EU auf diskriminierende Massnahmen verzichten, wie beispielsweise die Anerkennung der Äquivalenz der schweizerischen Börsenregulierung.

27. Juni: Unterzeichnung des Abkommens über die Polizeizusammenarbeit (Prümer Beschlüsse) sowie ein Protokoll über den Zugriff der Schweizer Behörden auf die Eurodac Datenbank.

11. Juni: EU-Kommissionspräsident Juncker zeigt sich bereit, Präzisierungen zu diskutieren, drängt aber auf eine baldige Lösung und schliesst Neuverhandlungen aus.

7. Juni: Bundesart schätzt das institutionellen Rahmenabkommen Schweiz-EU als «insgesamt positiv ein», verlangt aber Klärungen zu den drei Punkten staatliche Beilhilfen, Lohnschutz und Unionsbürgerrichtlinie. Er teilt dies EU-Kommissionspräsident Juncker in einem Brief mit.

19. Mai: Annahme der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht mit 63,7% Ja-Stimmen (Stimmbeteiligung von 43,9%).

Februar: Rat der EU (Ministerrat) stellt die Aktualisierung bestehender Verträge ohne institutionelles Rahmenabkommen Schweiz-EU in Frage.

2018 7. Dezember: Bundesrat verlautet Ende der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen Schweiz-EU und konsultiert betroffene Kreise.

28. September: Gutheissung eines Schweizer Beitrags zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten an ausgewählte EU-Staaten durch den Bundesrat (Kohäsionsmilliarde). Während 10 Jahren sollen 1.302 Mrd. CHF in konkrete Projekte investiert werden.

1. Juli: Inkrafttreten der Bestimmungen zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV) (Stellenmeldepflicht).

31. Januar: Staatssekretär Dr. Robert Balzaretti folgt auf Staatssekretärin Pascal Baeriswyl und koordiniert die Verhandlungen mit der EU.

2017 22. Dezember: Aktualisierung des Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA).

18. Dezember: EU anerkennt die Äquivalenz der Schweizer Börsenregulierung nur noch befristet für ein Jahr als gleichwertig wegen fehlender substanzieller Fortschritte beim Rahmenabkommen.

8. Dezember: Bundesratsentscheid zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV) auf Verordnungsebene.

6. Oktober: Unterzeichnung der von EU und EFTA gemeinsam erarbeiteten «Declaration on eGovernment», welche fünf zentrale Prinzipien für E-Government enthält und als Leitfaden zur Weiterentwicklung dienen soll.

12. September: Unterzeichnung der Vereinbarung zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), die der Schweiz den direkten Zugang zum europäischen Expertennetzwerk ermöglicht.

23. August: Änderung der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmenden.

28. Juli: Aktualisierung des Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA).

10. Mai: Bundesrat ruft die Ventilklausel für Bulgarien und Rumänien an.

1. April: Staatssekretärin Pascale Baeriswyl folgt auf Staatssekretär Jacques de Watteville, der die Verhandlungen mit der EU bis anhin koordinierte.

1. Januar: Inkrafttreten des Protokolls III zum FZA zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien sowie des Abkommens zum automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (AIA-Abkommen).

2016 16. Dezember: Ratifizierung des Protokoll III zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien durch den Bundesrat. Damit ist auch die Voraussetzung für die Teilnahme der Schweiz als vollassoziiertes Mitglied am EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» ab 1. Januar 2017 erfüllt.

19. Oktober: Slowakische EU-Ratspräsidentschaft bestätigt den Erhalt des Schreibens, in dem die Schweiz mitteilt, dass das von der Schweiz 1992 gestellte Beitrittsgesuch als zurückgezogen zu betrachten sei.

13. April: Unterzeichnung der Abkommen für die Beteiligung der Schweiz an der zivilen Mission der EU für die Reform des Sicherheitssektors in Mali (EUCAP Sahel Mali) und an der Beratermission der EU zur Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine).

4. März: Unterzeichnung des Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien.

1. März: Inkrafttreten der Vereinbarung für die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO).

28. Februar: Ablehnung der Eidgenössischen Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» mit 58.9% (Stimmbeteiligung: 63.1%).

2015 18. Dezember: Verabschiedung zusätzlicher Massnahmen zur Bekämpfung der Missbräuche auf dem Arbeitsmarkt und zur Förderung der inländischen Fachkräfte im Zusammenhang mit der Umsetzung von Artikel 121a zur Zuwanderung durch den Bundesrat.

12. August: Der Bundesrat setzt eine Struktur für die Führung der Gesamtheit der Verhandlungen mit der EU ein, um die Aussichten auf ein ausgewogenes und mit schweizerischen Interessen übereinstimmendes Gesamtergebnis zu verbessern.

19. März: Unterzeichnung eines Abkommens zur Einführung des globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen.

13. März: Bundesrat verabschiedet eine Änderung der Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs. Staatsangehörige der EU und der EFTA, die in der Schweiz eine Stelle suchen, erhalten nur dann eine Aufenthaltsbewilligung, wenn sie über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

2014 5. Dezember: Unterzeichnung des Abkommens zur Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen. Es regelt bis Ende 2016 die Teilassoziierung der Schweiz an Horizon 2020.

19. September: Bundesrat entscheidet, die vorerst für das Jahr 2014 eingerichtete Übergangslösung für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ in den kommenden zwei Jahren weiterzuführen, sofern die angestrebte Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ nicht realisiert wird. So soll die Mobilität der Schweizer Programmteilnehmer sichergestellt werden.

4. Juli: Unterzeichnung des Abkommens zur Beteiligung der Schweiz an der European Union Border Assistance Mission in Libya (EUBAM Libya) als Grundlage für die Entsendung eines zivilen Schweizer Grenzschutzexperten nach Libyen.

1. Juli: Unterzeichnung einer gemeinsamen Verständigung über die Unternehmensbesteuerung. Damit kommt eine fast zehn Jahre auf den Beziehungen lastende Kontroverse zum Abschluss.

10. Juni: Unterzeichnung des Abkommens zur Beteiligung der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO).

31. Mai: Auslaufen der durch Ventilklauseln eingeführten Arbeitsmarktbeschränkungen für die EU-17.

22. Mai: Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen Schweiz-EU haben begonnen. Mit dem angestrebten Abkommen will der Bundesrat den bilateralen Weg erneuern und stärken, um den Wohlstand und die Unabhängigkeit der Schweiz weiterhin zu garantieren.

30. April: Auslaufen der durch Ventilklauseln eingeführten Arbeitsmarktbeschränkungen für die EU-8.

26. Februar: Die EU-Kommission teilt mit, dass die Verhandlungen in den Dossiers Forschung («Horizon 2020») und Bildung («Erasmus+») nicht fortgesetzt werden, bis die Schweiz das Protokoll III zur Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien unterzeichnet hat.

9. Februar: Annahme der Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» mit 50.3% (Stimmbeteiligung 56.57%).

2013 18. Dezember: Der Bundesrat verabschiedet Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit der EU über institutionelle Fragen. Darin werden sogenannte «rote» Linien definiert.

13. Dezember: Der Bundesrat genehmigt das Kooperationsabkommen mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen Galileo und EGNOS.

17. Mai: Unterzeichnung des Wettbewerbsabkommen.

24. April: Verlängerung der Ventilklausel für EU-8 und Erweiterung auch für die EU-17.

2012 15. Juni: Der Bundesrat verabschiedet Grundsätze für institutionelle Lösungen zuhanden der EU. Diese stellen laut dem Bundesrat einen proaktiven und substanziellen Schritt zur Erneuerung des bilateralen Weges und Deblockierung der aktuellen Dossiers dar und schafft positive Voraussetzungen für zukünftige Abkommen wie im

Stromdossier. Im Rahmen dessen könnten institutionelle Lösungen gesucht werden, die auch für künftige Verträge im Bereich des Marktzuganges angewendet werden könnten. Die EU-Kommission wird am 18. Juni informiert.

25. April: Anlässlich seiner Europaklausur verabschiedet der Bundesrat Grundsätze für institutionelle Lösungen, die er in Konsultation setzt.

18. April: Bundesrat ruft wegen überdurchschnittlicher Zuwanderung die Ventilklausel gegenüber acht osteuropäischen Staaten (EU-8) an, die 2008 der EU beigetreten sind. Erwerbstätige aus diesen Staaten, die eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) beantragen, haben während 12 Monaten nur beschränkt Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt.

16. März: Unterzeichnung der Vereinbarung zur Rüstungszusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA).

2011 1. Dezember: Inkrafttreten des bilateralen Abkommens über den Schutz geographischer Angaben von Agrarprodukten.

17. Mai: Unterzeichnung des bilateralen Abkommens über den Schutz geographischer Angaben von Agrarprodukten.

2010 15. November: Die Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel feiert ihr 50-jähriges Bestehen.

18. August: Bundesrat beschliesst, dass die Schweiz ihr Verhältnis zur EU weiterhin auf der Grundlage bilateraler sektorieller Abkommen gestalten soll.

1. Juli: Inkrafttreten des neuen Produktsicherheitsgesetz, welches das Schutzniveau für technische Einrichtungen und Geräte auf EU-Niveau bringt, und des Cassis-de-Dijon-Prinzip.

15. Februar: Unterzeichnung des Bildungsabkommens, welches Schweizer Staatsangehörigen den gleichberechtigten Zugang zu Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU gewährt. Laufzeit des Abkommens ist 7 Jahre.

1. Januar: Inkrafttreten des Schengen-Informationsaustauschgesetzes (SIaG).

1. Januar: Inkrafttreten der geänderten Entsendeverordnung (EntsV).

2009 21. Dezember: Inkrafttreten der Erweiterung und Anpassung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen mit der EU.

1. Juli: Vorläufige Anwendung des revidierten Abkommens über Zollerleichterungen und Zollsicherheit.

1. Juni: Inkrafttreten des Protokolls II zum Personenfreizügigkeitsabkommen (Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien).

8. Februar: Annahme der Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien mit 59.6% (Stimmbeteiligung: 50.9%).

2008 12. Dezember: Operationelles Inkrafttreten des Schengen/Dublin-Abkommens (Bilaterale II).

Juni 2008: Parlament beschliesst gegen den Willen des Bundesrates im Rahmen der Legislaturplanung die folgende Forderung zu integrieren: Der Bundesrat soll «Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen aufnehmen».

1. März: Formelles Inkrafttreten des Schengen/Dublin-Abkommens (Bilaterale II)

2007 25. Juni: Unterzeichnung des Abkommens, welches die integrale Teilnahme der Schweiz an den 7. Forschungsrahmenprogrammen regelt und rückwirkend auf den 1. Januar 2007 gilt.

1. Juni: Volle Personenfreizügigkeit für die 15 «alten» EU-Staaten (Bilateralen I).

1. Januar: Inkrafttreten des Statistikabkommens (Bilaterale II).

2006 26. November: Annahme des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas mit 53.4% (Stimmbeteiligung 44.3%), dass die Rechtsgrundlage für einen Beitrag an die zehn neuen EU-Staaten (Kohäsionsbeitrag) ist (Bilaterale II).

1. April: Inkrafttreten des MEDIA-Abkommens, ein EU-Filmförderungsprogramm (Bilaterale II).

1. April: Inkrafttreten des Abkommens über die Umwelt und Beitritt der Schweiz zur Europäischen Umweltagentur (EUA) (Bilaterale II).

1. April: Inkrafttreten der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sowie der Revision der flankierenden Massnahmen (Bilaterale II).

1. März: Inkrafttreten des Kooperationsabkommens mit Europol, der EU-Strafverfolgungsbehörde.

2005 26. Oktober: Bundesrat gibt Einverständnis für die Eröffnung einer Vertretung der EU-Kommission in Bern.

5. Oktober: Ständerat Philipp Stähli (CVP, Thurgau) bittet Bundesrat in einem Postulat «einen Bericht zu erstellen über den Stellenwert eines Rahmenvertrages zwischen der Schweiz und der EU».

25. September: Annahme der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens und die Revision der flankierenden Massnahmen mit 56% (Stimmbeteiligung 53.8%).

1. Juli: Inkrafttreten des Abkommens über die Zinsbesteuerung (Bilaterale II).

5. Juni: Annahme der Teilnahme der Schweiz an Schengen/Dublin mit 54.6% (Stimmbeteiligung 56%) nach Referendum (Bilaterale II).

31. Mai: Inkrafttreten des Abkommens über die Ruhegehälter (Bilaterale II).

30. März: Inkrafttreten des Abkommens über landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, womit für eine breite Palette von Produkten der Nahrungsmittelindustrie Zölle und Exportsubventionen abgebaut werden (Bilaterale II).

2004 26: Oktober: Unterzeichnung der bilateralen Abkommen II sowie des Protokolls zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten.

1. Mai: Ausdehnung der bilateralen Abkommen I auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme des Personenfreizügigkeitsabkommens, dessen Ausdehnung Gegenstand neuer Verhandlungen ist.

2002 17. Juni: Schweiz und EU eröffnen in sechs weiteren Bereichen neue bilaterale Verhandlungen: Zinsbesteuerung, Schengen/Dublin, Dienstleistungen, MEDIA, Bildung/Berufsbildung/Jugend sowie Ruhegehälter pensionierter EU-Beamter. Damit laufen die bilateralen Verhandlungen II in zehn Dossiers.

1. Juli: Inkrafttreten der bilateralen Abkommen I.

1. Juli: Inkrafttreten der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.

2001 5. Juli: Schweiz und EU eröffnen neue bilaterale Verhandlungen zu folgenden Themen: Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Umwelt, Statistik.

2000 21. Mai: Annahme der sieben bilateralen Abkommen I mit 67.2% (Stimmbeteiligung: 48%).

1999 21. Juni: Unterzeichnung der bilateralen Abkommen I für die Bereiche Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Land- und Luftverkehr sowie Forschung.

1994 Aufnahme der Verhandlungen für sektorielle Abkommen mit der EG.

1993 13. Januar: Der Bundesrat erklärt, dass die Schweiz bis auf weiteres auf die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zur EG verzichtet.

1. Januar: Inkrafttreten des EU-Binnenmarktes.

1992 6. Dezember: Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR mit 50.3% (Stimmbeteiligung 79%).

26. Mai: Die Schweiz stellt ein Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft EG (heute: EU).

1990 Unterzeichnung des Güterverkehrsabkommen.

1989 10. Oktober: Unterzeichnung des Versicherungsabkommens.

1972 3. Dezember: Annahme des Freihandelsabkommens Schweiz-EWG (FHA) mit 72.5% (Stimmbeteiligung 52.9%).

1961 Die Schweiz deponiert das Assoziationsgesuch bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG (heute: EU).